

FPÖ/Neubauer/Pensionen

**FPÖ-Neubauer: "Sündenbock-Politik" auf dem Rücken der Senioren!"**

Utl.: Umsetzung der Rechnungshof-Vorschläge könnte Sozialsystem retten

Wien (OTS) - "Die Pensions-Kommission hat sich und den betroffenen Menschen in Österreich mit der verführten, widerrechtlichen Veröffentlichung des Berichtes der Kommission, einen Bären-Dienst erwiesen", stellte heute der freiheitliche Seniorensprecher, NAbg. Werner Neubauer, fest. "Es ist unverzeihlich, dass 2,2 Millionen Senioren nun durch dieses unmögliche Verhalten, seit Tagen zu Sündenböcken für eine unverantwortliche Politik gestempelt werden, für die sie in keiner Weise verantwortlich sind", so Neubauer.

Weder haben Pensionisten das von ihnen erwirtschaftete Geld auf den Kapitalmärkten verspekuliert, noch haben sie die Schuld an der Untätigkeit der Politik, wenn es um die Durchsetzung längst notwendiger Reformen in Österreich geht.

"Ein Gutachten muss jedenfalls ausreichend begründet und in sich schlüssig und nachvollziehbar sein, was im gegenständlichen Fall gar nicht möglich sein kann, weil es von falschen Annahmen ausgeht", sagte Neubauer heute zur angelaufenen Diskussion. Der Berichtsentwurf der Pensionskommission beruhe auf Annahmen, die nicht haltbar seien, weshalb die FPÖ diesem - in der am nächsten Mittwoch anberaumten Sitzung - die Überarbeitung empfehlen werde, da ansonsten die Zustimmung verweigert werden müsse.

Als Beispiel führte Neubauer die als Grundlage für die Berechnung herangezogenen falschen WIFO/IHS-Prognosen an, die durch eine günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung bzw. durch neuere, wesentlich günstigere Prognosen mittlerweile längst überholt sind. Als weitere Kritikpunkte führte Neubauer die Annahme der Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise auf die nächsten 50 Jahre an, die angeblich nie mehr aufholbar sei. Diese pessimistische und wenig nachvollziehbare Annahme ist nämlich durch die aktuelle Entwicklung, auch in Deutschland, überholt, weshalb auch gleich das Langfristgutachten neu erstellt werden sollte.

Weiters gehen die Experten in ihrem Entwurf von einem Anstieg des faktischen Pensionsalters von 58 auf 60 Jahre aus. "Angesichts der Angleichung des Frauenpensionsalters (von 60 auf 65) und von Verhaltensänderungen infolge des Pensionskontos (Pension in Höhe von 80 Prozent erst mit 65) erscheint es wenig plausibel, dass das faktische Pensionsalter nur um zwei Jahre (von 58 auf 60) steigen soll", so Neubauer.

Auch die Fragen des "Invaliditätspakets", die Steigerung der Produktivität in Angleichung der Löhne und Gehälter, sind unzureichend schlüssig begründet. "Dass die Unterlagen lediglich die Pensionsversicherung beinhalten, ein Gesamtbericht über die budgetäre Belastung des Bundes durch den Bundesbeitrag zu den Pensionen und das Pensionssystem der Bundesbeamten (immerhin 7,8 Milliarden Euro im Jahr 2009) aber zur Gänze fehlt, zeigt nur, mit welcher Ignoranz selbst ernannte "Experten" dieses sensible Thema behandeln und ohne Beschlussfassung diesen Mist der Öffentlichkeit voreilig zur Verfügung stellen", stellte Neubauer entrüstet fest.

"Würde die amtierende Bundesregierung darauf drängen, die vom Rechnungshof vorgeschlagenen Reformen endlich umzusetzen, dann würde Österreich diese jährlich aufs Neue geführte, schmachvolle Diskussion auf dem Rücken von 2,2 Millionen Senioren, erspart bleiben. Aber dazu fehlt ihr leider der Mut", so Neubauer abschließend.

Rückfragehinweis:

~

Freiheitlicher Parlamentsklub  
Tel.: 01/ 40 110 - 7012  
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>  
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER  
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

241007 Sep 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

*Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an [info@ots.at](mailto:info@ots.at)*